

K-03

Beschluss
Annahme

Würdig zu wohnen ist ein Menschenrecht

Der Landesparteitag fordert eine umfassende neue Schwerpunktsetzung der öffentlichen Förderung im Wohnungsbau. Der soziale Wohnungsbau mit einer Mietpreisbindung von maximal 20 Jahren soll in Zukunft fortentwickelt werden. Neben dem wichtigen Engagement von privaten Investoren soll der Schwerpunkt des sozialen Wohnungsbaus in Zukunft durch eine wesentlich stärkere und umfassendere Förderung von Wohnungsgenossenschaften, die in der Regel ihren Wohnungsbestand zu bezahlbaren genossenschaftlichen Mieten seit über 100 Jahren anbieten, verändert und ergänzt werden. Für Wohnungsbauprojekte, die private Investoren wegen nicht ausreichender Rentabilität nicht angehen, braucht es darüber hinaus auf Landesebene eine eigene Wohnungsbaugesellschaft.